

Zeitschrift: Die Vorkämpferin : verfocht die Interessen der arbeitenden Frauen
Herausgeber: Frauenkommission der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz
Band: 11 (1916)
Heft: 8

Vereinsnachrichten: Aus dem Arbeiterinnenverband

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

zu meiner Wohnung erhalten kann. Das ist meist nur Brot, auch etwas Wurst. Butter kriege ich in 14 Tagen höchstens einmal. Ich bin aber auch schon vier Wochen ohne Butter gewesen. Fleisch konnte ich nicht bekommen. Meine Schwester, die auch sehr einfach lebt, überließ mir vor längerer Zeit, drei Wochen sind es her, ein Stück gekochtes Rindfleisch, nicht mehr als ein Viertelpfund. Das war das letzte Fleisch, das ich gegessen habe. In letzter Zeit wurde es mir auch schwer, Wurst zu kaufen, da sie zu teuer ist. Gekocht habe ich seit Wochen nichts, nur etwas Suppe warm gemacht, und darum habe ich den ganzen Tag Hunger. Kartoffeln bekomme ich in der Nähe meiner Wohnung nicht, und ich bin zu müde, weiter zu gehen. Wenn ich Sonntags dienstfrei bin, esse ich lieber bei meiner Schwester."

Eine andere: "Ich habe noch etwas Mehl, und mache davon Suppe. Dazu esse ich Pellkartoffeln, die mir eine Nachbarin besorgt. Ungefähr alle vierzehn Tage kriege ich auch ein halbes Pfund Fleisch. Das reicht für mich allein zwei Tage. Gewöhnlich esse ich Pudding, den ich mir vor dem Dienst koche, und der nachher fertig und kalt ist."

Eine Mutter zweier Kinder, eines sechsjährigen und eines zehnjährigen Mädchens, sagte: "Die Mädchen kochen für mich Kartoffeln mit Wurst, wenn wir solche kriegen können. Die Kinder kriegen vielleicht in der Woche ein Viertelpfund Butter, aber mit Fleisch ginge es nicht für uns alle, des hohen Preises wegen, und für dies einfache Essen geht fast alles Geld drauf."

Eine alleinstehende Schaffnerin erzählte: "Ich koche mir überhaupt nichts, und sehr viele, die ich kenne, machen es ebenso. Wann und wo? Ich habe keinen Gasherd, und selbst wenn ich etwas zu kaufen kriegte, hätte ich keine Zeit, Feuer zu machen."

Frage: "Wovon leben Sie denn?"

"Von dem, was ich unterwegs zu kaufen kriege, so Aepfel und Semmel, dann Bonbons, das sättigt auch, und Feigen, die ich jetzt gefunden habe. Ich möchte so gern einmal richtig essen, aber in den Kantinen gibts auch nichts."

Aus dem Arbeiterinnenverband

Selbsthilfe gegen die Teuerung und Not.

Wie schon durch die Tagespresse bekannt gegeben wurde, haben verschiedene Arbeiterinnenvereine endlich zum Mittel der Selbsthilfe gegriffen und teilweise Erfolge erreicht, welche den Ansporn bilden, fortzufahren und zu arbeiten, damit nicht alles in die Brüche geht. Ueber die verschiedenen Aktionen sind uns folgende Berichte zugegangen:

Sozialdemokratischer Frauenverein Bern: Zwei große öffentliche Teuerungssparversammlungen, an denen zirka 50 Mitglieder gewonnen wurden. Marktdemonstrationen, durch die es gelang, vor allem den Kartoffelpreis (noch vor Ansetzung des Höchstpreises durch den Bundesrat) zurückzuschrauben, auch auf die Gemüsepreise konnte eingewirkt werden. Eine Delegation beim Polizeidirektor in Bern formulierte die Forderungen der Arbeiterinnen dahingehend, daß man ganze Maßnahmen fordere, um der allgemeinen Not zu steuern. Die Wirkung der Ansprache zeigte sich dann schon am nächsten Markttage, die Polizei unterstützte das Vorgehen der Arbeiterinnen, so daß es möglich war, die Preise noch mehr zu drücken. Es wird nun eine ständige Marktkontrolle gehandhabt, um Uebergriffe seitens der Händler und Bauern zu verhüten.

Ueber den Besuch bei Polizeidirektor Lang in Bern wird uns folgendes berichtet: Der nächste Markttag brachte uns noch einen Schritt weiter, indem man beschloß, sich direkt an den Polizeidirektor zu wenden. Gesagt, getan. Es bildete sich ein kleiner Maiestzug und der Zufall wollte, daß uns der Polizeidirektor direkt in die Arme lief. Etwas unsicher darüber, was da kommen soll, versprach er, eine Delegation auf seinem Bureau empfangen zu wollen, in einer halben Stunde sei er zu treffen. Wir verkürzten uns die Wartezeit durch einen gemeinsamen Spaziergang durch die Stadt. Dabei waren manche Händler naiv genug, zu glauben, das sei der Anfang der Revolution, und brachten ihre Waren in Sicherheit. Wenn es aber einmal so weit kommt, finden wir den Weg auch ohne Schlüssel in die verborgensten Winkel.

Aus Biel ging uns vom dortigen Arbeiterinnenverein folgender Bericht zu: Wir stehen mitten in einer ganz energischen Aktion gegen den Wucher und hoffen, daß wir zu den bereits erreichten Erfolgen noch weitere hinzufügen können. Um Ordnung auf dem Markte zu schaffen, sammelten sich unsere Mitglieder morgens um acht Uhr auf einem Platz in der Nähe des Gemüsemarktes, um gemeinsam ihre Einkäufe zu besorgen. Die Polizei hatte bereits Wind bekommen von unserem Erscheinen und die Bauern und Bäuerinnen angewiesen, die Preise etwas niedriger anzusetzen. Während nämlich bis dato die Kartoffeln Fr. 1.20 die fünf Liter gegolten hatten, waren sie am jenem Morgen bereits für 1 Fr. erhältlich. Wir gingen nun an einem Ende des Marktes an, umringten den Verkäufer und erklärten ihm, 90 Rappen sei noch immer genug für fünf Liter Kartoffeln. War der Betreffende vernünftig genug, den Preis herabzusetzen, so ging natürlich der Handel ohne Zwischenfall vor sich, wenn nicht, so gingen wir ganz einfach an, die Kartoffeln selbst auszumessen und entrichteten den Betrag, den wir festgesetzt hatten. Da wir auf diese Weise bei den ersten Körben Erfolg hatten, verlangten wir auch von allen übrigen, daß sie ihre Knollenfrüchte um den gleichen Preis abgaben. Bei einigen setzte das natürlich etwas ab, so daß es sogar zu Schlägereien kam. Allzu renitenten Verkäufer wurden in der Hitze des Gefechtes die Körbe ausgeleert, so daß die Dickköpfe dann gar nichts erhielten für ihre Ware. Die Polizei konnte im allgemeinen nicht viel ausrichten gegen uns, wohl einsehend, daß gegen Proletarierfrauen, die das Glend zu diesen Maßnahmen trieb, nicht gut aufzukommen ist. Gute Dienste haben uns einige Genossen geleistet, die tapfer mithalfen, den Bauern den Standpunkt klarzulegen und die auch, wenn nötig, tätig eingriffen, wenn so ein Agrarier zur Peitsche griff oder überhaupt glaubte, er müßte mit den Säufsten argumentieren. Einer dieser Genossen wurde dann verhaftet, doch auch hier zeigte sich, daß man absolut nicht geneigt war, sich von den Behörden dreinreden zu lassen, von denjenigen, die lange genug zugehört hatten, wie die Stadtbewölkerung ausgezogen wurde. Einige Genossen begaben sich sofort zum Stadtpräsidenten und verlangten in echt berndeutscher Sprache, daß der Verhaftete sogleich freigelassen werde. Als dem nicht entsprochen wurde, drohten sie mit gewalttätiger Befreiung und nachdem sie sich bereits mit der Polizei zu halben anfangen, fand es der „energische“ Herr Stadtpräsident doch für angezeigt, die Freilassung anzuordnen. Beim ganzen Rummel sind mehrere lustige Szenen aufgeführt worden, die, wäre nicht der ganze Kampf ein so ernsthafter, zum Lachen reizen könnten. Diese alle zu schildern würde natürlich zu weit führen.

Am nächstfolgenden Markttage war die Auffuhr von Gemüse ziemlich normal, mit Ausnahme der Kartoffeln, deren sozusagen keine feilgeboten wurden. Der Höchstpreis für letztere war nun von der Polizei auf gut sichtbaren Plakaten angeschlagen. Da derselbe aber einen Franken betrug, begab sich sofort die Delegation unseres Vereins zu den zuständigen Behörden, um eine Herabsetzung zu verlangen. Diese wurde nach langem Hin und Her zugesagt, am nächstfolgenden Markttage aber nicht gehalten. So springen bürgerliche Machthaber mit dem gegebenen Ehrenwort um.

Die gutbürgerliche Bevölkerung mit samt ihrer famosen Presse hatte natürlich für all diese Vorgänge nur ein geringfügiges Lächeln und sofort machten sie sich daran, die Führer und Führerinnen der Bewegung in den Not zu ziehen, was uns selbstredend nicht hindern wird, den aufgenommenen Kampf weiter zu führen. Um gegen all die Verleumdungen und Schmutzartikel Stellung zu nehmen, wurde schon letzte Woche eine Versammlung ins Volkshaus einberufen und wird diese Woche eine zweite folgen, einberufen von der Partei und der Arbeiterunion.

Zum Schluß sei noch betont, daß wir an den Gemeinderat das Gesuch gerichtet haben, in der Kommission zur Festsetzung der Höchstpreise vertreten zu sein.

Für unsere Organisation zeitigte unser Vorgehen die erfreuliche Tatsache, daß wir an der letzten Versammlung, die den Marktszenen folgte, 48 Neuaufnahmen zu verzeichnen hatten.

Vom Arbeiterinnenverein Grenchen wird berichtet: Auch wir arbeiten tüchtig gegen Teuerung und Wucherei und können schon von verschiedenen Erfolgen berichten. Um einer Eingabe an den Gemeinderat den nötigen Nachdruck zu ver-

leihen, gingen sämtliche Mitglieder unseres Arbeiterinnenvereins auf den Markt, um da praktische Arbeit zu leisten. Es gelang uns, die Preise zu brücken und voller Freude kehrten wir mittags nach gut verrichteter Arbeit nach Hause. Die Freude bei den Genossen war so groß, daß sie uns nächstens auf den Markt begleiten wollen. Jedoch kann unser Verein stolz sein, daß wir Führer und nicht Schnecken sind oder gar Krebse.

Der sozialdemokratische Arbeiterinnenverein St. Gallen hat in einer einläßlichen Eingabe an die Stadtbehörde die gegenwärtig böse Lage der Arbeiterfamilien geschildert und dargelegt, wie absolut notwendig die Vermittlung billigerer Lebensmittel durch die Stadt sei, besonders Kartoffeln, Bohnen, Erbsen usw. Weiter wird die Frage aufgeworfen, ob nicht durch gewisse Maßnahmen auf dem Gemüsemarkt selbst gesündere Verhältnisse geschaffen werden könnten. Es mache sich dort eine Preistreibelei geltend, der entgegengetreten werden soll. Warum können Händler am Nachmittag Produkte um 5 oder 10 Rp. das Pfund billiger abgeben als am Vormittag? Und durch die Straßen fahrende „Gemüslere“ haben Bohnen schon 15 und 25 Rp. das Kilo billiger verkauft.

In Thun wurden Marktdemonstrationen mit gutem Erfolg durchgeführt; anschließend daran fanden öffentliche Frauenprotestversammlungen statt. Der Frauenverein gewann dadurch eine schöne Zahl neuer Mitglieder.

Aus Zürich wird berichtet: Unsere Aktion gegen die Teuerung wurde kurz nach Pfingsten eingeleitet. Wir hatten uns durch Augenschein überzeugt, daß das Fleisch der Finkenbank im Schlachthof Zürich ein überaus begehrter Artikel für das Proletariat sei. Es zeigte sich, daß die Käuferinnen schon morgens um 4 Uhr auf dem Platze waren, damit sie gegen 8 Uhr ihr Fleisch erhalten und zwar nicht etwa zu billigen Preisen: Ochsen-, Kalb- und Schweinefleisch kostet bis Fr. 1.20 per Pfund und Kuhfleisch zirka Fr. 1. Wir stellten nun durch unsere Vertreter in der Geschäftsprüfungskommission des Stadtrates das Begehren, es sei den Käuferinnen das Fleisch zu einer anderen Stunde abzugeben, damit sie nicht so lange auf der Straße zu warten hätten. Der Verkauf müsse rascher vorwärts gehen, indem nicht nur ein Metzger dieses Fleisch aussteile, sondern mehrere. Wir werden nicht nachlassen, bis die Preise niedriger angelegt werden.

Da die Verhältnisse auf dem Wochenmarkte in Zürich ganz andere sind wie anderswo (wir haben sehr wenig Bauern als Verkäufer, weit mehr Kleinhändler, besonders auch Italiener, letztere wirken eher preisregulierend) lag für uns die Hauptaufgabe darin, die Aufstellung möglichst vieler Höchstpreise von den Behörden zu verlangen. Um uns durch persönlichen Augenschein zu orientieren, gingen etwa 30 Genossinnen morgens 5½ Uhr auf den Zürcher Engrosmarkt; dort fanden wir viel aufgeführte Waren und zum Teil sehr übersekte Preise. Wir forderten die Verkäufer ganz energisch auf, mit ihren Preisen herunter zu gehen, ansonst wir den Verkauf an die Hand nehmen würden. Wir wurden des heftigsten beschimpft, man drohte uns, wir würden mit dem daneben fließenden Fluß Bekanntschaft machen, wer die Preise nicht bezahlen könne, brauche auch nicht zu fressen und was dergleichen schöne Redensarten weiter sind. Selbstredend gaben auch wir unsere Antwort auf gut deutsch. Durch unseren Besuch war eine Erregung bei Käufern und Verkäufern zu bemerken, es wurde überhaupt wenig „gehandelt“. Gegen 8 Uhr gingen wir dann auf den Detailmarkt an der Bahnhofstraße. Wir waren besonders empört über die hohen Rirschen- und Eierpreise usw. (Für Kartoffeln hatte der Polizeivorstand schon Höchstpreise von 30 resp. 35 Rp. per Kilo festgesetzt.) Gemeinsam gingen wir dann sofort zum Polizeivorstand der Stadt Zürich, um ihn zu ersuchen, weitere Höchstpreise aufzustellen, besonders für gewisse Gemüsesorten, Eier, Rirschen usw.

Wir waren uns aber bewußt, daß dies nur eine halbe Maßnahme sein könne, denn der Polizeivorstand hat nur die Kompetenz Höchstpreise für den offenen Markt aufzustellen, da er die Marktpolizei ausübt, nicht aber für den gesamten Handel der Stadt. Die verlangten Höchstpreise wurden bewilligt. Um auch den Kanton zu zwingen, endlich die Maßnahmen zu ergreifen, die laut Bundesbeschluß vom 10. August 1914 in seiner Kompetenz liegen, ging eine Deputation zum Vorsteher der Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Zürich. Wir unterrichteten Regierungsrat Nägeli über unsere dringenden Wünsche: Bestandaufnahme, Verkaufszwang, Höchstpreise für den ganzen Kanton, Abgabe von Fleisch zu reduzierten Preisen

an Familien, die ein gewisses Einkommen nicht überschreiten, Massenpeisung usw. Unsere Delegation vertrat des entschiedensten die Auffassung, die Arbeiterkraft sei nun lange genug die Hauptleibtragende der Teuerung gewesen und habe es nun satt, die sich immer steigende Teuerung zu ertragen. Wir gaben zu verstehen, daß wir weit eher geneigt seien, statt der Demonstrationen auf dem Markte, um da in gewissem Sinne die Marktpolizei zu ergänzen, einmal abends so zwischen 5 und 6 Uhr auf die Bahnhofstraße zu kommen, um uns einmal alle die Schieber, Geschäftsmacher des Krieges, die dort zu treffen sind, vorzunehmen, um uns einmal die feinen Hotels von innen anzusehen, in denen diese Sorte Menschen ihr so ergaunertes Vermögen steuerfrei auf die bequemste Art verprassen. Einen Vorwurf, die Arbeiterkraft lebe teilweise immer noch nicht sparsam genug, wiesen wir des entschiedensten zurück (siehe Wirtschaften, Rinos usw.) Die besitzende Klasse glaubt je länger je mehr jede Art des Genießens sei nur für sie da und die Arbeiterklasse sei überhaupt nur zum schuften und hungern auf der Welt. Da wäre es schon Zeit, daß wir uns endlich auf uns selbst besinnen und den Herrschaften einmal klar zeigen würden, wozu wir eigentlich auf der Welt sind und wozu sie.

Der Besuch beim Regierungsrat hatte die Wirkung, daß eine Vertreterin der Arbeiterinnen zu einer gemeinsamen Konferenz mit einer Vertretung des Regierungsrates, sämtlicher Statthalterämter, der Stadträte Winterthur und Zürich sowie der größeren Gemeinden des Kantons mit weiteren Interessenten eingeladen wurde. Ueber die Konferenz, welche am 25. Juli stattfand, werden wir später berichten.

Inzwischen setzen wir die Marktaufsicht weiter fort, nicht nur Verkäufer sind zu beaufsichtigen, sondern auch Käufer mit der großen Börse, welche sich nicht an die Höchstpreise halten wollen und gerne jeden Preis bezahlen, nur damit sie Waren erhalten. Das Niederträchtige dieser Handlungsweise kann nicht genug gebrandmarkt werden.

Da ja selbstverständlich alle die geschilderten Vorgänge, auch was wir von anderen Orten aus der Presse entnehmen konnten, nur eine Teilerscheinung unseres heutigen Wirtschaftswesens ist und als solche bewertet werden kann, und wir uns vollauf bewußt sind, daß wir mit allen derartigen Aktionen, wie Marktkrawalle usw. den heutigen Klassenstaat nicht ändern, wollen wir auch nicht die Meinung aufkommen lassen, als ob unsere diesbezüglichen Aktionen Zweck und Ziel unserer Bewegung erschöpfen. Wir verteilen auf dem Markte aufklärende Flugblätter; die Broschüre: „Warum sind wir arm?“ fand zu 5 Cts. per Stück reichenden Absatz.

Zu unserer Freude können wir aus vorstehenden Berichten entnehmen, daß man an der Arbeit ist, daß unsere Sektionen selbständig vorgehen und sich nicht leicht abschrecken lassen.

Auf unsere Einladung hin, zur Konferenz am 6. August nach Zürich zu kommen, haben wir schon verschiedene Anmeldungen erhalten; weitere haben bis spätestens den 3. August in unserem Besitz zu sein mit dem Bemerken, ob die Delegierten am 5. oder erst am 6. in Zürich eintreffen. Nur bei einer genügenden Zahl von Anmeldungen findet die Versammlung mit dem Arbeiterinnenverein Zürich statt. Die Sitzung, Sonntag, den 6. August, vormittags 8½ Uhr, im Volkshaus, findet aber auf alle Fälle statt. Beginn der Konferenz vormittags 10 Uhr.

Zentral-Vorstand.

Zur Lehrerinnenfrage.

Ein Erlass des preussischen Unterrichtsministers besagt: An Mädchenschulen werden etwa zwei Drittel der Stellen mit Lehrerinnen besetzt. An Knabenschulen können auch Lehrerinnen angestellt werden. An gemischten Schulen soll die Zahl der Lehrerinnen etwa ein Drittel des Lehrkörpers ausmachen.

Im Kanton Zürich (Schweiz) sollen die Pforten des Seminars Rüschnacht-Zürich für Seminaristinnen geschlossen werden. Daneben soll es den Mädchen überhaupt erschwert werden, den Beruf einer Lehrerin zu ergreifen. *